

Hamburger Jusos fordern auf Landesdelegiertenkonferenz ein starkes soziales Profil der SPD im neuen Partei-Grundsatzprogramm

Hamburg, 8. Februar 2026

Auf Bundesebene begann am Wochenende der Programmprozess für ein neues Grundsatzprogramm der Partei. Bereits Samstagvormittag fand die Landesdelegiertenkonferenz der Hamburger Jusos statt, bei der auch SPD-Landesvorsitzende und Wirtschaftssenatorin Dr. Melanie Leonhard vor ihrer Abreise nach Berlin zu Gast war. Der Parteinachwuchs gab der Hamburger Parteivorsitzenden klare Forderungen nach einem starken Sozialstaat und dem Kampf für ein solidarisches Steuersystem mit auf den Weg.

Am vergangenen Samstag empfingen die Hamburger Jusos bei ihrer Landesdelegiertenkonferenz im Gewerkschaftshaus am Besenbinderhof die SPD-Landesvorsitzende und Wirtschaftssenatorin Dr. Melanie Leonhard. Sie berichtete den Delegierten über das erste Jahr des neugewählten rot-grünen Senats unter Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher.

Der Bericht der Landesvorsitzenden mündete in eine intensive Aussprache, in der einige Redner:innen Kritik an der aktuellen Schwerpunktsetzung des rot-grünen Senats formulierten. Ein zentraler Punkt der Debatte war die Finanzierung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA). Für den Doppelhaushalt 2027/28 wird aufgrund der zunehmend angespannten Finanzlage über einen erheblichen dreistelligen Millionenbetrag an Einsparungen in dem Bereich spekuliert.

Jusos erinnern Partei an SPD-Beschlusslage gegen Sozialstaatsabbau

Die Juso-Co-Landesvorsitzende Janne Roehsler rief ihre Partei in der Aussprache mit Leonhard dazu auf, den Sozialstaat als Errungenschaft für Arbeitnehmer:innen zu schützen. Besonders kritisch sehen die Jusos verbale Attacken gegen die sozialen Sicherungssysteme aus der eigenen Partei.

„Wenn der Hamburger Finanzsenator öffentlich einen Sozialstaatsabbau fordert, dann müssen wir lautstark gegenhalten. Anders als in der Debatte suggeriert wird, liegen die Sozialstaatsausgaben in Deutschland gemessen am Bruttoinlandsprodukt nämlich im europäischen Mittelfeld“, so Roehsler.

Einen entsprechenden Antrag der Hamburger Jusos gegen Sozialstaatskürzungen verabschiedeten die Delegierten auf dem letzten Landesparteitag der Hamburger SPD im November mit breiter Mehrheit. (siehe Pressemitteilung vom Oktober 2025).

Union führt auf Bundesebene „absurde Debatten“

Die Hamburger Jusos verknüpften ihre Kritik auf Landesebene direkt mit der politischen Lage auf Bundesebene und dem am Samstag begonnenen Programmprozess der Bundes-SPD für ein neues Grundsatzprogramm. Die Jusos Hamburg, die im letzten Jahr bereits einstimmig

den Koalitionsvertrag auf Bundesebene abgelehnt haben, stehen dem Bündnis mit CDU und CSU weiterhin kritisch gegenüber.

„Die Union hat keine Ideen und setzt dieser Tage mit absurden Debatten um zu viele Krankheitstage von Arbeitnehmer:innen und über die unsägliche ‚Lifestyle‘-Teilzeit noch einen drauf. Die jüngsten Vorschläge von Friedrich Merz und Gitta Connemann zeugen von grenzenloser Ideenlosigkeit und einer anti-solidarischen Grundhaltung“ sagte Co-Landesvorsitzender Paul Strothmann am Samstag. „In unseren Augen drückt sich die Union vor wirksamen steuerrechtlichen Änderungen wie beispielsweise der Abschaffung des Ehegattensplittings. Das zeigt, dass es den Unionsparteien nur vordergründig um eine höhere Beschäftigung geht.“

Darüber hinaus monieren die Jusos, dass die bisher im Bund beschlossenen Steuergesetze (etwa den Rechtskreiswechsel der Ukraine-Geflüchteten ins Asylbewerberleistungsgesetz oder die Senkung der „Gastro-Steuer“) einseitig zulasten der finanziell bereits unter Druck stehenden Kommunen bzw. Stadtstaaten gehen.

Fokus auf gerechte Vermögensverteilung

Für die Jusos Hamburg ist klar, dass die starken Schultern in dieser Gesellschaft deutlich stärker zur Verantwortung gezogen werden müssen. Die SPD muss die krasse Vermögensungleichheit in Deutschland thematisieren und sich für eine Vermögensumverteilung zugunsten der breiten Masse einsetzen. Dies muss auch in einem neuen SPD-Grundsatzprogramm deutlich werden.

„Wenn sich die Sozialstaatsdebatte darum dreht, dass eine alleinerziehende Mutter eine Stunde länger arbeiten soll, dann läuft etwas gehörig schief! Stattdessen müssen diejenigen ins Zentrum der Debatte gerückt werden, die sich ihren Lebensunterhalt von Mieter:innen bezahlen lassen, oder ohne eigenes Zutun Millionenbeträge erben“, so Juso-Co-Landesvorsitzender Strothmann.

Strothmann weiter: „Wir müssen glaubhaft machen, dass wir die Kraft der vielen arbeitenden, lohnabhängigen Menschen sind.“ In den Augen der Jusos hat die SPD in den Regierungen der letzten 20 Jahre ihr bundespolitisches Profil in vielen Feldern verloren. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, dass die AfD zunehmend von Menschen gewählt wird, die früher einmal Kernwählerschaft der SPD waren.

Beschlüsse zur OKJA und zur Schlachthofstraße

Zum Abschluss der Konferenz verabschiedeten die Delegierten Anträge, die auf dem kommenden SPD-Landesparteitag im März für engagierte Debatten sorgen dürften: Mit dem Beschluss eines entsprechenden Antrags zur Ausfinanzierung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) möchten die Jusos die Debatte um den Doppelhaushalt 2027/28 auf dem nächsten Landesparteitag weiterführen.

Auch fordern die Jusos Hamburg mit einem einstimmigen Beschluss den Senat auf, die umgehende Schließung der Harburger Geflüchtetenunterkunft Schlachthofstraße voranzutreiben. Die vom Deutschen Roten Kreuz betriebene Unterkunft stand im letzten

Jahr wegen der dort herrschenden prekären Lebensbedingungen immer wieder im Mittelpunkt medialer Berichterstattung. „Das Camp in der Schlachthofstraße wird dem Ziel einer sozialen, solidarischen und würdigen Unterbringung von Schutzsuchenden in unserer Stadt nicht gerecht“, sagt Landesvorstandsmitglied Simon Schmitz.

Über die Jusos Hamburg

Die Jusos Hamburg (Jungsozialist:innen in der SPD Hamburg) sind die Jugendorganisation der SPD Hamburg und mit über 2.500 Mitgliedern einer der größten politischen Jugendverbände in der Hansestadt. Es engagieren sich junge Menschen zwischen 14 und 35 Jahren.

Gegliedert sind die Jusos in sieben Kreise mit 29 sogenannten Juso-Gruppen. Darüber hinaus bestehen drei Hochschulgruppen an der Universität Hamburg, der Bucerius Law School und der HafenCity Universität sowie eine landesweite Schüler:innen- und Auszubildendengruppe. Die Jusos Hamburg entwickeln und diskutieren junge und wichtige Ideen, organisieren Kampagnen und Wahlkämpfe und bringen die Stimme der jungen Generationen in die SPD und in die Hamburger Politik ein. Die Grundwerte der Jugendorganisation sind Sozialismus, Internationalismus und Feminismus.

Pressekontakt

Jusos Hamburg
Emilian Soares
Landesgeschäftsführer
E-Mail: jusoshamburg@spd.de
Tel.: 040/2808-4813